



Berlin, 10. Juni 2026

Tankrabatt läuft planmäßig zum 30. Juni aus

Zu der Einigung der Koalitionsfraktionen, die befristete Senkung der Energiesteuer – den sogenannten „Tankrabatt“ – planmäßig am 30. Juni 2026 auslaufen zu lassen, erklären die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Sepp Müller und der SPD-Bundestagsfraktion, Armand Zorn, gemeinsam:

Der Iran-Krieg und die Sperrung der Straße von Hormus haben weltweit zu wirtschaftlichen Verwerfungen geführt, die auch in Deutschland deutlich spürbar sind.

In enger Abstimmung mit der Bundesregierung haben die Koalitionsfraktionen die Auswirkungen auf Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen analysiert und in kurzer Zeit zwei Maßnahmenpakete zur Dämpfung der Auswirkungen umgesetzt.

In einem ersten Gesetzespaket haben wir die kartellrechtlichen Möglichkeiten und die Transparenz deutlich gestärkt, damit die höheren Preise der Krise nicht in die Taschen der Mineralölkonglomerate wandern. Das Kartellamt muss hier weiter entschlossen handeln. Mit der anstehenden Änderung des Wettbewerbsrechtes (GWB-Novelle) werden wir weitere Maßnahmen umsetzen, zum Beispiel die Preistransparenz auf den Wertschöpfungsstufen vor der Tankstelle transparenter machen.

In einem darauf aufbauenden zweiten Paket wurde die Senkung der Energiesteuer, der sogenannte Tankrabatt beschlossen. Der Tankrabatt war von Anfang an als zeitlich begrenzte Maßnahme konzipiert. Ziel war in der Zeit rasanter Preissteigerungen schnell und unkompliziert zu entlasten. Das hat funktioniert: Die Entlastung ist zu einem großen Teil weitergegeben worden und hat in Zeiten der extremen Preisspitzen die Bevölkerung und Unternehmen gleichermaßen entlastet sowie die Inflation gesenkt.

Gleichzeitig war von Anfang an klar, dass das Instrument wenig zielgerichtet und damit sehr teuer ist. Die monatlichen Kosten belaufen sich auf rund 0,8 Mrd. Euro. In Zeiten angespannter Haushalte ist eine solche dauerhafte Subvention finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch nicht nachhaltig. Nach intensiven Beratungen der letzten Tage haben wir uns in den Koalitionsfraktionen darauf verständigt, dass der Tankrabatt planmäßig zum 30. Juni ausläuft.

Wir wissen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weiterhin auf bezahlbare Mobilität angewiesen sind. Gerade Pendlerinnen und Pendler, Handwerksbetriebe und Menschen im ländlichen Raum spüren steigende Mobilitätskosten unmittelbar. Wir werden daher in der Taskforce die Preisentwicklung weiter beobachten, die Lage regelmäßig neu bewerten und bei Bedarf handeln. Klar für uns bleibt daher: Sofern weitere Maßnahmen notwendig werden sollten, müssen diese deutlich zielgerichteter kleine und mittlere Einkommen und Mittelstand entlasten. Langfristig müssen wir unsere Energieversorgung weiter diversifizieren, Abhängigkeiten abbauen und die erneuerbaren Energien weiter ausbauen.

Die Koalition behält mit ihren politischen Entscheidungen stets das Gesamtinteresse des Landes im Blick. Der Bund steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Jeder Euro, der für den Tankrabatt eingesetzt wird, steht an anderen Stellen nicht zur Verfügung - etwa für Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, die Modernisierung unseres Landes, oder den sozialen Ausgleich. Die Koalition hat enorm schwierige Aufgaben vor sich. Unsere Prioritäten: Wirtschaftswachstum stärken und untere und mittlere Einkommen entlasten.